

Stenographischer Bericht

18. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

III. Periode.

23. April 1928.

Inhalt:

Personalien: Urlaubsbewilligung Gföller (485).

Neuwahl des Landeshauptmannes an Stelle Ingenieur Paul. — Redner: Machold (485), Riegler (485). Ablehnung des Vertagungsantrages Machold (486) — Wahlvorschlag Riegler (486). — Redner: Machold [Wahlvorschlag] (486), Ing. Winkler (488), Dr. Sernek (491). — Wahlvorschlag Thoma (492). — Annahme des Wahlvorschlages Riegler in der engeren Wahl zwischen Dr. Rinfelen—Pongraß (492). — Erklärung der Annahme der Wahl durch Riegler (492).

Aufgabe: Die Beilagen Nr. 56, 57 und 58 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 228 bis 230, 233, 236 und 238 (485).

Zuweisungen: Die aufgelegten Beilagen Nr. 56, 57 und 58, ferner E.-Zl. 228 bis 230, 233, 236 und 238 (485).

Anträge: Riegler, E.-Zl. 240, betreffend die Änderung der derzeitigen Dienstfeilung bei den Postämtern (Telefonstellen) der Bezirksorte (492);

Dr. Kammerer, E.-Zl. 241, betreffend Regulierung des Stainzbaches (492).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 16 Uhr 25 Minuten.

Präsident: Der Herr Abg. Gföller hat um einen vierwöchigen Urlaub ersucht. Dieser Urlaub wurde ihm bewilligt.

Aufgelegt wurden heute die gedruckten Beilagen Nr. 56, 57 und 58 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 228 bis 230, 233, 236 und 238.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

Beilage Nr. 56 dem Finanzausschusse;

Beilage Nr. 57 dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse;

Beilage Nr. 58 dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse;

ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 228, dem Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusse;

E.-Zl. 229 dem Landeskulturausschusse, und

E.-Zl. 230, 233, 236 und 238 dem Finanzausschusse.

Hat jemand zu diesen Zuweisungen etwas zu bemerken? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Ich schreite nunmehr zur Tagesordnung

Neuwahl des Landeshauptmannes.

Der Herr Landtagsabgeordnete Professor Ing. Hans Paul hat mit einem am 17. April 1928 eingelangten Schreiben seine Stelle als Landeshauptmann zurückgelegt. Nach § 28 des Landesverfassungsgesetzes wählt der Landtag den Landeshauptmann nach den Bestim-

mungen seiner Geschäftsordnung. Nach § 54 der Geschäftsordnung wird jede Wahl im Landtage mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird. Leere Stimmzettel sind ungültig.

Nach § 28, Absatz 7, der Landesverfassung hat der Landeshauptmann nach seiner Wahl unter Bezug auf das von ihm geleistete Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt. Diese Erklärung wurde in einem Falle durch einen Bevollmächtigten im Namen des Landeshauptmannes abgegeben.

Machold (zur Tagesordnung): Meine Damen und Herren! Der Herr Präsident hat pflichtgemäß die heutige Sitzung einberufen und hat die Wahl des Landeshauptmannes auf die Tagesordnung gestellt. Es ist ihm das nicht zu verübeln, sondern er hat nur von der in der Verfassung vorgesehenen Verpflichtung Gebrauch gemacht. Wir sind aber der Meinung, daß diese Wahl nicht heute vorgenommen werden soll und nicht heute vorgenommen werden muß. Wir leben in einer Zeit, die an Aufregungen reich genug ist. Wir haben in Steiermark, mit Ausnahme von Graz und Bruck, Gemeinderatswahlen, und es ist selbstverständlich, daß die Wählerversammlungen, je näher die Wahl kommt, umso bewegter werden. Ich glaube, es ist Pflicht jedes Abgeordneten, jedes Menschen, der wünscht, daß die Wahl in voller Ruhe vor sich geht und nicht noch mehr Aufregung in die Kreise der Wähler getragen werde, dafür einzutreten, daß wenigstens die Gemeinderatswahlen abgewartet werden und man erst dann die Wahl des Landeshauptmannes, die sehr bestritten ist, vornimmt. Ich stelle daher den Antrag, daß dieser Punkt heute von der Tagesordnung abgesetzt werde, und zwar im Sinne unserer Geschäftsordnung. Diese besagt, daß bei Wahlen der Präsident die Tagesordnung zu bestimmen hat und daß nach einer Vertagung der Präsident die Tagesordnung selbständig aufzustellen hat. Die Geschäftsordnung gibt aber dem Landtage die Möglichkeit, dann zu entscheiden, und ich bitte, daß der Landtag in dem Sinne entscheide, in dem ich meinen Antrag gestellt habe, daß nämlich die Wahl von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werde.

Riegler: Hohes Haus! Namens der Abgeordneten der Einheitsliste muß ich mich gegen diesen Antrag aussprechen, und sind wir im Gegensatz zur Anschauung des Herrn Landesrates Machold der Meinung, daß die Frage des Landeshauptmannes je eher desto besser gelöst werden muß (Rufe bei der Einheitsliste: „Sehr richtig!“), und daß es gerade mit Rücksicht auf die bevorstehenden Gemeinderatswahlen von wesentlichem Vorteil sein wird, darauf hinweisen zu können: „Wir haben wieder Ordnung in der Leitung.“ (Wallisch: „Ist ja ein Stellvertreter

da!") Daher bitte ich den hohen Landtag, den Antrag des Herrn Landesrates Machold abzulehnen und in die Wahl des Landeshauptmannes einzutreten.

(Der Vertagungsantrag Machold wird abgelehnt.)

Präsident: Zu einem Wahlvorschlage erteile ich nunmehr Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort.

Riegler: Namens der Abgeordneten der Einheitsliste im steirischen Landtage bringe ich für die heute vorzunehmende Wahl des Landeshauptmannes den gewesenen Landeshauptmann, Minister a. D. Universitätsprofessor Dr. Anton Rintelen, in Vorschlag, und bitte das hohe Haus, diesem Vorschlage die Zustimmung erteilen zu wollen. (Beifall bei der Einheitsliste. — Pfui-Rufe bei den Sozialdemokraten.)

Machold: Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt von der Einheitsliste einen Vorschlag zur Durchführung der Landeshauptmannswahl erhalten. Dieser Vorschlag ist ja bekannt. Er wird uns nicht heute an den Kopf geworfen, sondern wir haben ihn in der Presse schon seit einigen Tagen zu lesen bekommen. Dieser Vorschlag erscheint uns außerordentlich bedenklich, und ich kann nicht umhin, namens unserer Fraktion unsere Auffassung dazu bekanntzugeben. Ich erinnere daran, daß Dr. Rintelen ja seinerzeit, bevor er als Minister nach Wien abging, Landeshauptmann von Steiermark war. Die Vorgänge, die herbeigeführt haben, daß er nicht mehr gewählt worden ist, stehen noch in allgemeiner Erinnerung. Ich will alles, was wir hier im Hause wiederholt besprochen haben, nicht wiederholen. Ich glaube, das ist nicht notwendig, nachdem alle Herren und Damen genügend oft Gelegenheit hatten, hier eine solche Debatte mitzumachen. Ich verweise darauf, daß der letzte Grund, warum wir seinerzeit durch eine gewaltsame Obstruktion die Wahl des Dr. Rintelen verhindert haben, der war, daß er, um die Steirerbank zu retten, sich als Unterrichtsminister nach Wien hat wählen lassen und dort die Sanierung der Zentralbank und der Steirerbank herbeigeführt hat. Das war der Grund, warum wir zu Gewaltmaßnahmen gegriffen haben und, wie ich glaube, im Einverständnis mit dem Großteil der Bevölkerung von Steiermark (Rufe: „Sehr richtig!“ bei den Sozialdemokraten. — Oho-Rufe bei der Einheitsliste.) diese Wahl damals verhindert haben. Es sind allerdings darüber Neuwahlen hinweggegangen, Wahlen, die, wenn man sie wirklich so werten wollte, wie sie ausgegangen sind, es ausschließen müßten, daß Landeshauptmann Dr. Rintelen uns hier noch einmal als Kandidat präsentiert wird. Aber man hat eine Korrektur des Ergebnisses der Wahlen dadurch herbeigeführt, daß sich zwei Parteien zusammengetan haben, die Großdeutschen und die Christlichsozialen, und eine gemeinsame Liste aufgestellt haben. Dadurch ist es möglich geworden, eine gewisse Korrektur der Wahlen herbeizuführen, so daß die Einheitsliste hier im Landtage die stärkste Partei bildet. Wäre das nicht der Fall, so wären hier 20 Christlichsoziale und 4 Großdeutsche, und die Sozialdemokraten wären die stärkste Gruppe. Durch dieses Kompromiß sind wir

aber nicht die stärkste Gruppe, und wir haben nie ein Sehl gemacht von unserer Auffassung, wonach es ein demokratischer Grundsatz ist, daß in allen steirischen Körperschaften die stärkste Partei ihren Kandidaten zu präsentieren hat. Diese Auffassung haben wir auch heute noch, und wenn nicht gerade Dr. Rintelen unter allen Umständen forciert werden müßte, so würden wir genau wie früher erklären: „Wir sind nicht die stärkste Partei, wir überlassen es den bürgerlichen Parteien, sich ihren Kandidaten zu wählen. Wir haben dieser grundsätzlichen Auffassung bis jetzt bei allen Wahlen für den Posten eines Landeshauptmannes Rechnung getragen und leere Stimmzettel abgegeben. Dieser Vorgang wird nicht mehr eingehalten werden. Wir sind der Meinung, daß wir alles Legale tun müssen, um die Wahl Dr. Rintelens zu verhindern, damit keine Märchen erzählt und von der Presse in die Welt gesetzt werden können. Ich möchte nur kurz die Möglichkeiten einer solchen Verhinderung erwägen. Es wäre möglich, diese Wahl zu verhindern, wenn wir zur gewaltsamen Obstruktion greifen würden. Meine Damen und Herren, wir werden diese gewaltsame Obstruktion nicht machen, und zwar deshalb nicht, weil wir damals schon im Landtage erklärt haben, wenn Neuwahlen kommen und wenn wiederum die Wähler die Menschen, die wir bekämpft haben, wählen und in die Vertretungskörper entsenden, dann haben wir nicht mehr die Verantwortung zu tragen. Wir haben nun Neuwahlen gehabt, und die christlichsoziale und großdeutsche Partei als Einheitsliste sind wiederum als stärkste Partei eingezogen, deshalb glauben wir, daß wir nicht berechtigt sind, mit Mitteln der Gewalt die Wahl des Landeshauptmannes Doktor Rintelen zu verhindern, und wir lehnen daher eine solche Einladung und solche Ratschläge, wie sie vom „Grazer Tagblatt“ oder „Grazer Neuesten Nachrichten“ an uns ergangen sind, dankend ab. Man hat uns nahegelegt, wir sollen Obstruktion machen, und zwar wurde uns das nahegelegt von derselben Seite, die eine gemeinsame Liste mit den Christlichsozialen aufgestellt hat und mit dieser in die Wahl gegangen ist, von der Seite, die damals von unserem Kampfe hier gegen Landeshauptmann Rintelen gar nicht begeistert war, die in der gehässigsten Weise gegen uns losgegangen ist, weil wir die Wahl des Dr. Rintelen verhindert haben. Wir glauben, keine Ursache zu haben, auf diese guten Ratschläge einzugehen. Übrigens bemerkt man, daß die Stimmung bei den „Neuesten Nachrichten“ und beim „Grazer Tagblatt“ wieder umgeschlagen hat. Wenn Sie heute die „Neuesten Nachrichten“ lesen, werden Sie nicht mehr diese Ratschläge finden, sondern rechnerische Exempel, wie man diese Wahl mit anderen Mitteln, als mit den Mitteln der Gewalt verhindern könnte; und da komme ich nun auf diese uns zur Verfügung stehenden Mittel. Die Geschäftsordnung hat ein Mittel, und das sage ich den bürgerlichen Parteien, die draußen vorgeben, die Wahl des Dr. Rintelen zu verhindern zu wollen, aber es nicht tun wollen und auch nicht tun. Die Geschäftsordnung hat ein einziges, probates Mittel, wobei gar niemand, weder wir, noch die Bauernbündler, noch die Großdeutschen, noch die Udepartei, irgend welche Obstruktion zu machen braucht.

Wir brauchen nur alle aus dem Hause zu gehen. Die Verfassung und die Geschäftsordnung setzt fest, daß zur Wahl drei Siebentel der Abgeordneten anwesend sein müssen. Der Landtag zählt 56 Mitglieder, $\frac{1}{7} = 8$, $\frac{3}{7} = 24$, es brauchen also nur die Großdeutschen, die ja auch in so vehementer Weise gegen die Wahl des Landeshauptmannes Dr. Rintelen aufgetreten sind, mit uns gemeinsam aus dem Hause hinauszugehen und die Wahl des Dr. Rintelen wäre unmöglich. Das wäre ein Mittel, das sicher sehr wirkungsvoll wäre und das sicher ein demokratisches Mittel ist, weil in der Verfassung vorgesehen ist, daß 24 Abgeordnete anwesend sein müssen, um die Wahl durchzuführen. Es gibt natürlich auch andere Mittel, meine Damen und Herren, und wir haben einen solchen Vorschlag gemacht. Es muß ja nicht ein Christlichsozialer sein, der die Geschicke des Landes und Landtages hier führt. Es könnte ja auch ein anderer sein. Es steht nicht in der Verfassung, daß die stärkste Partei das Recht hat, den Kandidaten zu stellen. Es könnte auch anders sein. Es ist nicht ein verfassungsmäßiges Recht, sondern ein anerkannter Grundsatz, daß die stärkste Partei den Kandidaten stellt. Es könnten die Bauernbündler einen Kandidaten nominieren. Wir könnten für ihn stimmen, wir hätten die Mehrheit und es könnte Dr. Rintelen nicht gewählt werden. Diese Möglichkeit besteht. Wir haben diesen Vorschlag gemacht. Wir haben die Bauernbündler offiziell eingeladen in unserem Blatte, im „Arbeiterwille“, uns einen solchen Vorschlag zu machen. Wir sind bereit, unter ganz erträglichen Voraussetzungen und Bedingungen, für ihren Kandidaten zu stimmen. Unsere Einladung ist nicht angenommen worden, wir haben taube Ohren gepredigt. Es besteht scheinbar nicht die Möglichkeit, auf diesem Wege die Wahl des Landeshauptmannes Dr. Rintelen zu verhindern, und so haben wir hier in diesem Hause, wenn wir auf legalem demokratischem Grundsatz verharren, diesen nicht verlassen, also nicht zur Gewalt greifen wollen, keine andere Möglichkeit, als zu dieser Wahl in der Form Stellung zu nehmen, daß wir gegen sie auf das heftigste protestieren, sie als einen schweren Fehler bezeichnen, und daß wir hier aufzeigen, daß nicht wir, sondern die bürgerlichen Parteien das Heft in der Hand haben und halten, um diese Wahl hintanzuhalten. Ich bitte, wir werden uns diesmal, um den bürgerlichen Parteien einen letzten Ausweg zu geben, diese Wahl hintanzuhalten, nicht damit begnügen, leere Stimmzettel abzugeben, sondern wir schlagen Ihnen einen Kandidaten vor. Ich habe namens der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Ihnen vorzuschlagen, den Landeshauptmann-Stellvertreter P o n g r a ß zum Landeshauptmann zu wählen. Ich glaube, Sie kennen den Landeshauptmann-Stellvertreter P o n g r a ß als einen durch eine langjährige Erfahrung im parlamentarischen Leben angesehenen Mann, als einen Mann der Besonnenheit und Ruhe, dessen Kandidatur von niemanden bekämpft und bestritten werden könnte. Sie haben noch die Möglichkeit, einen letzten Ausweg herbeizuführen in der Form, daß Sie für unseren Kandidaten stimmen. Das habe ich mich verpflichtet gefühlt, in aller Kürze festzuhalten und ich habe Ihnen nun namens unserer

Fraktion folgende Erklärung im Anschlusse an diese Ausführungen abzugeben (liest):

Der für jeden überraschend erfolgte Sturz des Landeshauptmannes Paul hat das Land Steiermark deshalb in eine schwere Krise gebracht, weil von der stärksten Partei des Landtages, der Einheitsliste, der Professor Rintelen als Nachfolger, als einziger Kandidat in Vorschlag gebracht wird. Die Kandidatur Rintelens haben wir schon im Jahre 1926 mit den schärfsten Mitteln bekämpft und es gelang uns damals, den Kampf mit Erfolg zu beenden. Die Gründe, warum wir das getan haben, sind so allgemein bekannt, daß wir sie heute nicht noch einmal darzulegen brauchen. Der letzte Grund, weshalb wir damals mit außerordentlichen Waffen unseren Kampf führten, war der, daß Rintelen, um seine zugrunde gegangene Steirerbank zu sanieren, sich ins Ministerium wählen ließ und als Minister herbeigeführt hat, daß ungeheure Summen der Steuerzahler für verkrachte christlichsoziale Parteibanken aufgewendet wurden.

Inzwischen haben Neuwahlen stattgefunden. Die Christlichsozialen haben sich mit den Großdeutschen zu einer Einheitsliste verbunden und bilden im Landhaus nur mehr eine Partei. Dadurch sind sie zusammen die stärkste Partei und man kann ihnen nach demokratischen Grundsätzen das Recht nicht absprechen, einen der ihren zu kandidieren. Würden sie nicht Rintelen als Kandidaten nominieren, so würden wir vom demokratischen Gesichtspunkt aus genau so wie sonst verfahren und leere Stimmzettel abgeben. Diesmal steht es aber anders, weil nicht nur wir, sondern die öffentliche Meinung die Wiederkehr Rintelens als Landeshauptmann unter keinen Umständen haben will. Um das zu erreichen, steht uns nur das Mittel einer gewaltsamen Obstruktion zur Verfügung. Dazu können wir nicht greifen, weil nach unserem letzten Kampf die Einheitsliste zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen gebildet wurde, auf der Rintelen zum Abgeordneten gewählt worden ist und weil die Einheitsliste die stärkste Gruppe im Landtag ist. Deshalb gäbe es nur die Möglichkeit, die Wahl Rintelens zu verhindern, wenn die bürgerlichen Parteien gemeinsam mit uns diese Wahl verhindern. Wir haben dazu vor aller Öffentlichkeit unsere Vorschläge gemacht. Wir wären bereit gewesen, einen Landbündler unter gewissen Bedingungen zum Landeshauptmann zu wählen. Dieser Vorschlag hat bei den Bündlern kein Verständnis gefunden, so daß die Schlußfolgerung berechtigt ist, daß die Landbündler gegen die Wahl Rintelens keine grundsätzlichen Bedenken haben.

Der Lärm der großdeutschen Presse gegen die Wahl Rintelens ist schon dadurch für jeden als Schwindel zu erkennen, da

1. die Großdeutschen die Wahlen im Jahre 1927 gemeinsam mit Rintelen auf gemeinsamen Listen durchgeführt haben;
2. wäre ihnen jetzt die Möglichkeit offen gestanden, ihrem angeblichen Unwillen über die Wahl Rintelens dadurch Ausdruck zu geben, daß sie mit den Sozialdemokraten zusammen einen Landbündler zum

Landeshauptmann gewählt hätten. Auswege zur Lösung der Krise wurden von den Sozialdemokraten gewiesen, und bei einigem ehrlichen Willen der bürgerlichen Parteien hätte der eine oder der andere zweifellos verwirklicht werden können.

Durch die schroffe Ablehnung aller sozialdemokratischen Vorschläge zur Verhinderung der Wahl Rinkelens ist die Situation wenigstens in dem Sinne geklärt, daß alle Welt zur Überzeugung kommen muß, daß die bürgerlichen Parteien die Wahl Rinkelens zum Landeshauptmann nicht verhindern wollen und sich mit seiner Landeshauptmannschaft bereits abgefunden haben, weshalb sie allein dafür die Verantwortung tragen müssen.

Zum Zeichen unseres schärfsten Protestes gegen diese Kandidatur werden wir uns nicht wie bisher damit begnügen, leere Stimmzettel abzugeben, sondern einen eigenen sozialdemokratischen Kandidaten aufstellen und ihm unsere Stimmen geben.

Zum Schlusse sage ich noch das eine: Wenn die Wahl des Dr. Rinkelen durchgeführt werden wird und ich glaube, daran ist ja nach alledem, was ich gehört habe, nicht zu zweifeln, werden Sie große Enttäuschungen erleben. Die christlichsoziale Partei wird sich in ihren Erwartungen sehr getäuscht sehen. Sie dürfen nicht vergessen, daß sich im Landtage seit dem Ausscheiden des Dr. Rinkelens manches grundstürzend geändert hat. Früher, als Landeshauptmann Dr. Rinkelen noch hier im hohen Hause war, waren die Christlichsozialen die stärkste Partei, sie haben von 70 Sitzen 34, mit den Großdeutschen zusammen 38 Sitze innegehabt und unbeschränkt herrschen können. In der Landesregierung haben sie von 12 Mandaten 7 gehabt, also eine absolute Mehrheit. Heute sind die Christlichsozialen gemeinsam mit den Großdeutschen 24 Mandate stark von 56, sie haben also keine Mehrheit mehr im Landtage. Infolgedessen sind die Christlichsozialen auch in der Landesregierung in die Minderheit geraten, sie haben nur mehr drei Mandate und ein sehr zweifelhaftes Mandat, das der Großdeutsche inne hat, der unter Umständen, wie wir es in der letzten Zeit gesehen haben, auch ein unsicherer Kompaziszent sein kann. Infolgedessen hat sich diesbezüglich so manches geändert. Die Stellung der Christlichsozialen im Lande ist eine ganz andere geworden, und ob sie nunmehr den Landeshauptmann Dr. Rinkelen hieherbringen oder irgend einen anderen, der Entscheidung der Wähler bei den letzten Wahlen werden Sie Rechnung tragen müssen. Es ist infolgedessen ganz gleichgültig, ob Sie den Landeshauptmann Rinkelen kandidieren oder irgend einen anderen. Sie werden also, meine Damen und Herren, Ihres Erfolges, der Ihnen heute vielleicht hier aufscheinen wird, der doch nur ein Scheinerfolg sein wird, gewiß nicht froh werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ing. Winkler: Hohes Haus! Wir haben bei der letzten Wahl des Landeshauptmannes hier im hohen Hause für den Herrn Universitätsprofessor Ing. Paul die Stimmen abgegeben, weil eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen der christlichsozialen Partei, beziehungsweise der Einheitsliste und dem Landbunde

bestand, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, und weil wir der Auffassung waren, daß getrachtet werden müsse, im sachlichen Geiste diese Arbeitsgemeinschaft zu führen. Wer unsere Tätigkeit im letzten Jahre objektiv beobachtet hat, muß zugeben, daß wir bestrebt waren, auch in sachlicher Arbeit den Landeshauptmann zu stützen. Wir haben schon im Herbst vorigen Jahres bemerkt, daß Landeshauptmann Ing. Paul nicht das uneingeschränkte Vertrauen seiner Partei genießt, weil ihm vor allem zum Vorwurf gemacht wurde, daß wichtige Referate, die früher Besitzstand der christlichsozialen Partei waren, so das Gewerbe- und Finanzreferat, in die Hände der Großdeutschen und der Landbündler übergegangen sind. Wir haben die Bemerkung gemacht, daß durch diese neue Referateinteilung die Christlichsozialen sich bedroht fühlten, und daß sie es kaum einzusehen vermochten, daß eben die Wahlscheidung eine fundamentale Begründung für diese neue Referateinteilung schuf, und wir haben weiters die Beobachtung gemacht, daß man versuchte, diesen angeblich schwachen Landeshauptmann Ing. Paul durch einen „starken“ Landeshauptmann zu ersetzen, um eine entsprechende Korrektur auf diesem Gebiete herbeizuführen. Diese Erscheinungen können uns insofern nicht gleichgültig lassen, weil wir uns sagen müssen, daß es auch für das Land nicht nebensächlich ist, wer an der Spitze des Landes steht, jemand, der das Ansehen der Allgemeinheit genießt und diese nach außen hin vertritt, oder ein Landeshauptmann, der von der eigenen Partei ununterbrochen vor die schwierigsten Situationen gestellt wird. Wenn wir in dieser Erkenntnis tatsächlich bestrebt waren, die Landeshauptmannschaft Pauls objektiv zu unterstützen, so müssen wir sagen, daß die Zusammenarbeit eine sachliche, eine loyale war und diese Arbeit im Landhause sich in aller Ruhe und Loyalität vollzog.

Nun wurden wir vor einigen Wochen von der Tatsache überrascht, daß sowohl vom Klub der christlichsozialen Partei, als auch im Arbeitsausschusse und in der Oberleitung dieser Partei der Versuch unternommen wurde, nunmehr ernstlich daran zu gehen, den Landeshauptmann Paul durch eine andere Persönlichkeit zu ersetzen. Ich habe schon am Landesparteitage des Landbundes, und das ist mir übel genommen worden, versucht, darzutun, daß es uns nicht gleichgültig ist, wenn in der christlichsozialen Partei, als der stärksten Partei im Lande, Verhältnisse herrschen, die nach außen den Eindruck der Uneinigkeit geben und die vor allem die Landesfunktionäre in außerordentliche Schwierigkeiten bringen. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß die internen Verhältnisse der christlichsozialen Partei und der anderen Parteien uns nichts angehen, aber es ist nicht gleichgültig, ob der Landeshauptmann oder ein Landesfunktionär, mit denen wir zusammen arbeiten müssen, das Vertrauen der eigenen Parteigenossen, das für solche Posten notwendig ist, genießt oder nicht. Ich habe aus einer Zuschrift der christlichsozialen Stadtorganisation entnommen, daß tatsächlich der Grund, warum mit dem Landeshauptmann Paul große Unzufriedenheit herrscht, darin liegt, daß eben die Referateverteilung gewisse sehr bedeutende Bedenken bei der christlichsozialen Partei ausgelöst hat. Wir

haben uns gewundert, ich sage es offen, daß Landeshauptmann Paul sich nicht gegen solche Vorwürfe gewehrt hat. Jedenfalls müssen wir uns umso mehr wundern, daß unter merkwürdigen Umständen Landeshauptmann Paul ohne Kündigung, schlechter wie ein Dienstoff, von seiner Partei quasi davongejagt wurde. Das ist schließlich die Sache des Landeshauptmannes Paul, der das mit seiner Partei auszumachen hat, es geht uns nichts an, aber daß wir dann hören müssen, daß Paul selbst den Vorschlag machte, als Nachfolger den Herrn Universitätsprofessor Dr. Rintelen zu wählen, das zeigt die Tragikomödie der gegenwärtigen Situation und auch der Krise, in der wir uns nicht nur bezüglich der Landeshauptmannwahl, sondern auch bezüglich der Einheitsliste selbst befinden. Ich muß schon sagen, daß ich wirklich im politischen Leben nicht so oft enttäuscht worden bin, wie es diesmal der Fall ist. Wir bestreiten nicht, daß Paul, der ein außerordentlich sachlicher und eifriger Verwalter des Ressorts war, vielleicht nicht die stärkste Persönlichkeit zur Lösung großer politischer Fragen, speziell vom Gesichtspunkte seiner Partei aus gesehen, war, und daß die von der Einheitsliste präsentierte Persönlichkeit in der Beziehung eine stärkere ist. (Porkner: „Skrupelloser!“) Da sich aber das alles in einer Form abspielt, die wir vom Interesse des Landes aus als sehr bedenklich finden, so müssen wir feststellen, daß wir auf dem Standpunkte stehen, daß nach den demokratischen Grundsätzen es Sache der christlichsozialen Partei, vielmehr der Einheitsliste ist, vor allem den Vorschlag zu machen. Ich bin der Auffassung, daß wir auf die Persönlichkeit, die die Einheitsliste stellt und die die Einheitsliste zu verantworten hat, keinen Einfluß zu nehmen in der Lage sind. Die Vorschläge, die bisher von der sozialdemokratischen Partei gemacht wurden, erscheinen mir in vieler Richtung ungangbar. Ich bitte, wenn wir die technische Obstruktion ausschalten, als vollkommen undemokratisches Mittel negieren, weil ich sie für das Ansehen des Landtages als schädlich halte, so gibt es nur die geistige Argumentation, gibt es nur die Abstimmung.

Es liegt auch ein sozialdemokratischer Vorschlag, beziehungsweise eine Anregung vor, wonach entweder die Landbündler für den sozialdemokratischen Kandidaten oder die Sozialdemokraten für den landbündlerischen Kandidaten stimmen sollten. Wenn im „Arbeiterwille“ gesagt wird, das sei keine Koalition, sondern eine Wahl mit bestimmten Zwecken, so müssen wir hiezu folgendes grundsätzlich erklären: Unsere Partei, der Landbund, ist der Ansicht, daß sie bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis im Landtage und in der Landesregierung nicht in der Lage ist, den Landeshauptmann zu stellen, auch dann nicht, wenn er mit der Mehrheit der Einheitsliste und des Landbundes gewählt würde. Daher erst recht nicht, wenn eine solche Wahl von den Sozialdemokraten und Landbündlern allein gewährleistet wäre. Wir sind der Auffassung, daß er jener Partei entnommen werden soll, die ihm den nötigen zahlenmäßigen Rückhalt gibt. Es muß anerkannt werden, daß bei dem heutigen Kräfteverhältnisse ein Landeshauptmann aus der Fraktion der

Landbündler unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu kämpfen hätte, daß er allein mit dem notwendigen Rückhalte der eigenen Partei mangels einer verlässlichen Mehrheit seinen Aufgaben nicht in vollem Maße nachkommen könnte. Das ist der grundsätzliche Standpunkt, den wir eingenommen haben. Einer Partei, die nur mit einem Sitz in der Landesregierung vertreten ist, kann man nicht zumuten, auch noch die Führung des Landes zu übernehmen. Das maßen wir uns nicht an. Wir sind keine Hochstapler. Das möchten wir mit aller Offenheit gesagt haben. (Leichin: „Eine Entgleisung!“) Ich glaube, die sozialdemokratische Partei wird diese sachliche Begründung anerkennen müssen, denn sie selbst würde bei dem Kräfteverhältnisse im Lande ernstlich die Übernahme der Landeshauptmannschaft ablehnen, obwohl sie bei ihrer Stärke viel eher berechtigt wäre, einen ernstlichen Kandidaten zu stellen, aber einer Partei mit neun Mandaten, mit einem Vertreter in der Landesregierung, können Sie nicht zumuten, auf die verschiedenen Vorschläge, die gemacht wurden, einzugehen. Ich habe das Gefühl, daß wir noch einen anderen Punkt ins Treffen führen müssen, weil gerade diese Frage die Öffentlichkeit sehr beschäftigt hat. Wir sind eine agrarische Partei. Es war selbstverständlich, daß wir getrachtet haben, neben den agrarischen Referaten, die wir bis 1927 verwalteten, kraft unseres Sieges bei den Wahlen 1927 diesen Aufgabenkreis in der Landesverwaltung zu erweitern. Es ist uns nach zähem Kampfe gelungen, diesen Kreis der Verwaltung zu erweitern, so daß wir dem größten Teil der Landeskulturagenden in diesem Lande vorstehen. Wir haben, nicht freiwillig, aber durch die Verhältnisse gegeben, auch das Referat für die Landesfinanzen übernommen. Sie können dem landbündlerischen Landeshauptmann nicht zumuten, daß er noch neben diesem Referate die Agenden des Landeshauptmannes führt, noch die Repräsentation und Führung des Landes übernimmt. Das kann ein einzelner Mensch unter keinen Umständen leisten, wozu noch kommt, daß wir selbstverständlich unser Programm, das wir auf agrarischem Gebiete, Landeskulturförderung, haben, unter keinen Umständen vernachlässigen wollen, sondern mit aller Energie fortsetzen werden, und in gleicher Weise bezüglich der Landesfinanzen, weil wir vor großen Entscheidungen gerade bei diesem Kapitel stehen und weil wir unsere Pflicht gegenüber der Bevölkerung und gegenüber unseren Wählern vollständig rechtfertigen wollen. Das sind sachliche Gesichtspunkte, die uns hindern, dem Vorschlage der Sozialdemokraten näherzutreten. Die Sozialdemokraten, glaube ich, haben diesen Vorschlag übrigens gebracht, um einen Blizableiter zu haben. Es ist ein Verlegenheitsvorschlag, und man trachtet, nur zu konstruieren. Bei den Verhältnissen im Landtage, auf einer Seite die geschlossene Einheitsliste mit 24 Mandaten, auf der anderen Seite die geschlossenen Sozialdemokraten mit 21 Mandaten, trachtet man, das ganze Um und Auf, das aus der Wahl des Herrn Dr. Rintelen folgen soll, auf den Landbund abzuwälzen, weil sie diesmal richtig argumentieren, es wäre undemokratisch, mit den Mitteln der Gewalt die Wahl zu verhindern. Wenn die Ein-

heitsliste Dr. Rinkelers haben will, so wird sie auch die Verantwortung zu tragen wissen, und sie wird bei dem Kräfteverhältnis im Landtage auch die Möglichkeit haben, diesen Vorschlag durchzusetzen. Rein aus sachlicher Überzeugung liegt es aber auch vollkommen ferne, Ihren Vorschlag überhaupt ernst zu nehmen. Ich sehe da immer etwas weiter. Es kann kein Mensch von uns sagen, wie sich die politischen Verhältnisse in Österreich und in Steiermark künftig gestalten dürften. Wir haben schon allerhand mitgemacht. Die Wiener Regierung befindet sich nach allgemeiner Auffassung nicht in rosigster Lage. Wenn nun vielleicht an Stelle dieser bürgerlichen Zusammenfassung der Plan des Dr. Renner in Wien Wirklichkeit werden sollte, außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt er ja nicht, dann hätten wir eine Situation, die nicht mehr konform ginge. Sie wissen, daß wir in Wien in die Regierung, in eine ausschließlich bürgerliche Regierung, eingetreten sind, um in Österreich gemäß unserer Einstellung mit einem Programm, das gewiß antisozialdemokratischer Richtung ist, als Standespartei, als eine Partei des Landvolkes zu arbeiten. Sie können schon aus dem Grunde von uns nicht wünschen und verlangen, ich argumentiere gegen Ihren Vorschlag, daß wir hier andere Bindungen eingehen, wie wir sie in Wien haben, weil ich glaube, daß die Verhältnisse in Österreich darnach angetan sind, daß sie sehr bald eine Änderung erfahren könnten, und es ist gut, wenn man mit allen Möglichkeiten in Österreich in politischer Beziehung rechnet, daher gehen wir den Weg, den wir immer beschritten haben, den Weg der Mitte. (Machold: „Den goldenen!“) Wir haben in Steiermark eine Proporzregierung, im Grunde genommen eine Konzentrationsregierung, die ja nur eine Abweichung dadurch erfährt, daß der Landeshauptmann mit Mehrheit gewählt wird, so daß auch alle Parteien, sofern sie durch ihre Stärke in die Landesregierung gelangen, dort verwalten, also keine namhafte Partei ohne Referat besteht, also alle Parteien mitverwalten und somit alle auch mitverantwortlich sind. Es handelt sich also in Wahrheit hier um eine Konzentration der Kräfte, die nur unterbrochen wird hier und da durch eine Landeshauptmannswahl, wo mehr oder minder die Mehrheitsbildung zutage tritt. So liegen die Dinge in dieser politisch heiklen Situation. Gewiß, wir, und die anderen Parteien ebenfalls, stehen unter dem Drucke der öffentlichen Meinung. Vielleicht wollen gerade Sie einen bösen Buben suchen, um gelegentlich der kommenden Gemeindewahlen daraus politisches Kapital zu schlagen. So liegen, rein sachlich betrachtet, die Dinge, abgesehen davon, daß wir der Auffassung sind, daß die Einheitsliste das Recht hat, auf Grund ihrer Stärke den Landeshauptmann vorzuschlagen. (Berzauer: „Das zu ändern, liegt doch bei euch!“) Ich werde Ihnen gleich erklären, daß wir allerdings auch nicht in der Lage sind, für den in Vorschlag gebrachten Kandidaten der Einheitsliste unsere Stimmen abzugeben. (Wolf: „Mauer machen!“) Ich habe dargelegt, daß der Umstand, der zum Wechsel in der Landeshauptmannschaft geführt hat, bei uns sehr bedeutendes Mißtrauen auslöst und daß wir uns in der Richtung entschlossen haben, die Verantwortung nicht mit zu

übernehmen. Diese wird getragen werden müssen von jenen Gruppen, die vor allem zum Sturze des bisherigen Regimes, des Landeshauptmannes, beigetragen haben und denen ja auch der kommende Mann die Lösung von ihnen erwünschter politischer Probleme und eine ganze Reihe materieller Fragen einzelner Standesgruppen zugesagt haben wird. Ich habe das wenigstens aus dem Programme, das sich diese Gruppe, die auf den Sturz hingearbeitet hat, zurechtgelegt hat, entnommen, daß dem so ist.

Ob es hier nicht eine große Enttäuschung geben wird, lasse ich dahingestellt; denn die Verhältnisse in den letzten Jahren haben sich wesentlich geändert. Erstens nach dem Kräfteverhältnis, und zweitens wird es auch nicht möglich sein, selbst wenn der „stärkste“ Landeshauptmann kommt, in dem großen finanziellen Bau- und Arbeitsplan Breschen zu schlagen, um vielleicht Wünsche materieller Natur einzelner Gruppen zu befriedigen. Wir sind durch die Finanzverfassung und durch eine Reihe von Einrichtungen an peinlichste monatliche Kontrolle in der Gebarung gebunden. Wir leben nicht mehr in den Jahren, wo Milch und Honig floß, in den Jahren 1923, 1924, vielleicht noch 1925, wo noch die Möglichkeit bestand, immer wieder mittels Zuschüssen vom Bund die Schwierigkeiten der Landesfinanzen zu meistern, sondern wir leben in einer Zeit, wo die Einnahmen und Ausgaben durch Teilvoranschläge geregelt werden. Der Landeshaushalt hat ein sehr erhebliches Defizit budgetiert, welches aller Anstrengungen bedarf, um überhaupt die Ordnung im Landeshaushalte bezüglich der Pflichtleistungen aufrecht zu erhalten. Also in der Richtung bestehen natürlich geringe Aussichten auf Korrekturen, und der Landeshauptmann wird vor allem die große Aufgabe haben, und dafür werden wir gewiß dankbar sein, wenn die Persönlichkeit voll zur Auswirkung kommt, daß in den Auseinandersetzungen mit dem Bunde die Herstellung des Gleichgewichtes im Landeshaushalte von Steiermark ermöglicht wird.

Mit Rücksicht auf die Vorgänge, die zum Wechsel in der Landeshauptmannschaft geführt haben, und mit Rücksicht darauf, daß die Einheitsliste sich im Vorschlage einig ist, und andererseits im Hinblick darauf, daß mit undemokratischen Mitteln eine Wahl nicht verhindert werden wird, hat es weiter keinen Sinn, wenn wir das Land weiter in dieser Spannung, in dieser Erregung und Unruhe belassen. Es ist notwendig, daß eine Entspannung eintritt, damit wir zur Ruhe und zur sachlichen Arbeit kommen. Es gäbe ja vielleicht noch ein geeignetes Mittel, um zu einer Lösung zu gelangen, und da möchte ich auf das Argument des Landesrates Machold eingehen, ich meine die Verschiebung der Wahl des Landeshauptmannes. Parteipolitisch erscheint es außerordentlich verlockend, daraus Kapital zu schlagen, indem man zur Auflösung des Hauses und zu Neuwahlen schritte. Nun müssen wir uns aber als ernste Menschen vor Augen halten, was die Auflösung des Hauses und was Neuwahlen bedeuten. Doch jedenfalls eine Unterbrechung der Arbeit, der Verwaltungsarbeit, und zwar auf viele Wochen, eine ungeheure Unruhe im ganzen Lande, wozu noch kommt, daß wir mit den Wahlen in einen Zeitpunkt gelangen, der der Landwirtschaft lästig er-

scheint. Rein aus diesen sachlichen Gesichtspunkten haben wir uns daher auch, obwohl wir uns eingehend auch mit diesem Problem beschäftigt haben, gesagt, daß es ist nicht im Interesse des Landes gelegen wäre, jetzt an Neuwahlen zu schreiben. Somit hätte auch eine Verschiebung keinen Zweck. Wir würden vielleicht am 30. April, wenn wir wieder zusammentreten, eine noch gereiztere Stimmung vorfinden, weil die Presse sicherlich nicht ruhen und auch die einzelnen Organisationen nicht pausieren würden. Nachdem am Sonntag, wenn auch nicht entscheidend, aber doch eine bedeutende Entscheidung in einem Teil des Landes durch die Gemeindevahlen fallen wird, dürfte auch am kommenden Montag keine bessere Situation herrschen. Ursprünglich war ich auch der Auffassung der sozialdemokratischen Partei, man könne diese Dinge nicht über Nacht und plötzlich zur Entscheidung bringen, insbesondere deswegen nicht, weil die Einheitsliste uns die Möglichkeit nicht gab, uns für den einen oder anderen Kandidaten zu entscheiden. Sie haben nur einen Kandidaten präsentiert. Gewiß, wir haben sie nicht zwingen können, uns einen zweiten zu präsentieren. Weil ich aber nicht die Möglichkeit habe, muß ich mich mit den gegebenen Tatsachen abfinden und würde nur wünschen, daß mit der Wahl des neuen Landeshauptmannes nunmehr eine neue Periode dauernder und beständiger Arbeit ermöglicht werde (Oberzacher: „Der früheren Schlamperei!“), da der oftmalige Wechsel in der Landeshauptmannschaft nicht im Interesse des Landes gelegen sein kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegt nicht im Interesse des Landes, daß wir in den letzten zwei Jahren oder innerhalb von anderthalb Jahren, ich weiß nicht, den zweiten oder vierten Landeshauptmann wählen. Gerade das Land, in der Situation, in der es sich überhaupt befindet, braucht einen Landeshauptmann, der zielbewußt die Interessen des Landes vertritt. Mag man auch noch soviel auszufragen haben an Professor Rinkelen, in sehr verschiedenen Beziehungen, so nehme ich doch an, daß Rinkelen in der letzten Zeit auch für sich mancherlei Erfahrungen abgeleitet und zur Kenntnis genommen hat... (Tausk: Er hat sich gebessert!) Jawohl, ich bin Optimist. Ich glaube, daß auch der kommende Landeshauptmann aus den vielen schlechten Erfahrungen gelernt hat. Auf gerade rosigte Zeiten kann er nicht blicken und angenehm wurde es ihm nicht gemacht. Immer wieder im Mittelpunkt einer Kampagne zu stehen, muß auch diesen Menschen, der gewiß ein geistig hochstehender Mann ist und zweifellos auch die nötigen Nerven hat, nahezu zermürben.

Die Einheitsliste hat sich also auf einen einzigen Kandidaten festgelegt. Wir haben mit derselben nichts zu tun, und ich muß sagen, wir sind froh, ich bemerke das ausdrücklich, und auch die Herren von der rechten Seite des Hauses, nehme ich an, werden keine große Vorliebe für dieselbe im besonderen haben, weil sie ihnen viel Kopfzerbrechen und Schwierigkeiten gemacht hat und noch machen wird; denn sie ist doch eine unnatürliche Verbindung, eine Wahlgemeinschaft, die nicht programmatisch harmoniert. Das war für uns bei den letzten Wahlen entscheidend. Wir sind bei den letzten Wahlen, so wie immer, den Weg gegangen

aus eigener Kraft, selbständig, unser Programm allein war unsere Waffe, und wir haben das Trommelfeuer des Wahlkampfes siegreich bestanden. Wir haben bisher mit dieser Taktik nicht die schlimmsten Erfahrungen gemacht; denn die Wirtschaft will klare Programme und wir sehnen uns auch in Zukunft nicht nach derlei Konstruktionen.

Zusammenfassend will ich also sagen, daß wir durch die Aufstellung eines eigenen Kandidaten bekunden wollen, daß wir mit Rücksicht auf die Vorgänge, die zum Wechsel in der obersten Führung des Landes geführt haben, von Mißtrauen erfüllt und nicht in der Lage sind, hiefür die Verantwortung mit zu tragen und daß wir deshalb es ablehnen, für den Kandidaten der Einheitsliste zu stimmen.

Dr. Sernek: Hohes Haus! Als im Vorjahre der neugewählte Landtag sich zu seiner ersten Arbeit versammelt hat, um die Wahl des Landeshauptmannes durchzuführen, haben wir an das hohe Haus das Ersuchen um sachliche Arbeit gestellt. Leider sind wir aber in unseren Erwartungen ziemlich oft getäuscht worden. In das neugewählte Haus ist das alte System, der unerbittliche Kampf zwischen den zwei großen Weltanschauungsparteien eingezogen, dem schließlich alle wichtigen Tagesfragen untergeordnet worden sind. Bei jeder Gelegenheit, sei es im großen oder im kleinen, hat sich die Richtigkeit dieser von mir aufgestellten Behauptung gezeigt, und letzten Endes ist es ja dieser Kampf, der zur Neuwahl des Landeshauptmannes geführt hat. Die christlichsoziale Partei sah in diesem Kampfe gegen die sozialdemokratische Partei sich genötigt, einen stärkeren Mann zum Führer zu wählen, der die Parteiinteressen besser vertreten würde. Schließlich und endlich war es auch für die christlichsoziale Partei notwendig, sich einen größeren parteipolitischen Einfluß in der Landesregierung zu sichern, und das konnte sie nur, wenn sie sich einen stärkeren persönlichen Einfluß erringt. Noch hallt in den Ohren der Bevölkerung der betäubende Lärm vom Oktober des Jahres 1926, als die Sozialdemokraten die Wiederwahl Dr. Rinkelens mit unlegalen und undemokratischen Mitteln verhinderten. Es hat sich in dieser Zeit nichts geändert. Es sitzen noch dieselben Männer in diesem hohen Hause, es wird hier noch dasselbe System vertreten, es ist noch dieselbe politische Spannung; ja, ich behaupte, daß diese politische Spannung noch stärker geworden ist. Trotzdem hat man sich in den sicher sehr schwierigen Verhandlungen der letzten Wochen doch über den Weg geeinigt, der in allernächster Zeit gemeinsam zu beschreiben ist. Eines ist sicher, daß diese gemeinsame Taktik auf Kosten der Allgemeinheit geht, die mit dem innegehabten System des Parteihaders schon lange nicht einverstanden ist.

Wir sind daher nicht in der Lage, uns mit diesem System solidarisch zu erklären und überlassen es ganz ruhig den Regierungsparteien, deren Chef heute gewählt werden soll, die Wahl unter sich auszufechten, nachdem wir überzeugt sind, daß diese Wahl die Fortsetzung oder das Bekenntnis zum Parteihader bedeutet, für den wir uns nimmer und nimmer erklären können.

Thoma: Ich habe als Kandidaten des Landbundes namhaft zu machen den Herrn Landesrat Ing. Franz Winkler.

Präsident: Die Wahl wird laut Geschäftsordnung mit Stimmzetteln vorgenommen. Die gemachten Vorschläge sind den Mitgliedern des hohen Hauses bekannt. Ich bitte, die Wahl vorzunehmen und die aufliegenden Zettel zu benutzen.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme der Stimmzählung.)

Es wurden im ganzen abgegeben 54 Stimmzettel, von denen 2 leer, insofgedessen ungültig sind; es sind also 52 gültige Stimmen abgegeben.

Die absolute Mehrheit beträgt insofgedessen 27 Stimmen. Es entfielen auf Minister a. D. Dr. Rintelen 24, auf Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß 19 und auf Landesrat Ingenieur Winkler 9 Stimmen; zwei Stimmzettel sind leer. Insofgedessen hat niemand der Kandidaten die absolute Mehrheit. Es ist nunmehr die Entscheidungswahl zwischen Minister a. d. D. Dr. Rintelen und Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß vorzunehmen. Alle Stimmzettel, die auf einen anderen Namen lauten, sind ungültig. Ich bitte, die Wahl noch einmal einzuleiten.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme der Stimmzählung.)

Von den abgegebenen 54 Stimmzetteln waren 11 leer, demnach ungültig. Auf Herrn Minister a. D. Dr. Rintelen entfielen 24 Stimmen, auf Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Pongraß 19 Stimmen; es erscheint somit Herr Minister a. D. Doktor Anton Rintelen als Landeshauptmann gewählt. (Beifall bei den Christlichsozialen, Pfuirufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Galerie, sich jeder Kundgebung zu enthalten.

Zu einer Erklärung erteile ich dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler das Wort. (Zwischenrufe.)

Riegler: Hohes Haus! Ich habe mir von dem nunmehrigen Landeshauptmann Dr. Rintelen die Ermächtigung geben lassen, zu erklären, daß er die Wahl annimmt. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident: Hiemit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

(Der Präsident verliest die eingebrachten Anträge.)

Zeitpunkt und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 45 Minuten.)